

20
80

Union in Deutschland

Bonn, den 4. Juni 1980

Den SPD-Staat verhindern

Die SPD strebt die absolute Mehrheit im Bundestag an. Sie will die Macht um jeden Preis. Am 5. Oktober steht somit der SPD-Staat zur Abstimmung. Zur Wahlkampfstrategie der Union erklärt Heiner Geißler:

1. Am 12. Mai 1980 erklärte der stellvertretende Parteivorsitzende Wischnewski vor der SPD-Bundestagsfraktion: „Ich warne davor, das Ziel oder die Möglichkeit einer absoluten Mehrheit zu proklamieren.“

Die auffällige Häufung von Erklärungen und Dementis hinsichtlich des Ziels einer möglichen absoluten Mehrheit der SPD am 5. Oktober hat den Zweck, die Öffentlichkeit zu beschwichtigen und über die Tragweite der Entscheidung am 5. Oktober hinwegzutäuschen. Das Wahlkampfziel der SPD besteht darin, das Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen zu wiederholen. Die Strategie der SPD zielt auf die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag.

Am 5. Oktober geht es um eine Richtungsentscheidung. Wir werden deutlich machen, welche Folgen es hätte, wenn die SPD allein die Politik in der Bundesrepublik Deutschland bestimmen könnte. Am 5. Oktober steht der SPD-Staat zur Abstimmung. Die Union wird die Probleme in den Mittelpunkt ihrer Argumentation stellen, die z. B. aus ideolo-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ LIEBE FREUNDE

Ein Brief von Bundesgeschäftsführer Ulf Fink mit Hinweis auf die Jugendkampagne Seite 3

■ ABRÜSTUNG

Internationale Kontrollen müssen wirksam sein Seite 5

■ FINANZEN

Von der Steuerreform zu Matthöfers „Steuersalat“ Seite 7

■ HAUSHALT

Unseriöses Machwerk zur Täuschung der Wähler Seite 11

■ BUNDESPOST

Statt Dienst am Kunden Dienst an der Bundesregierung Seite 12

■ RENTEN

Unions-Konzeption ist richtig Seite 13

■ DOKUMENTATION

Reallohn und Rentenniveau grüner Teil

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Jugendkampagne der Union rosa Teil

gischen Gründen schon durch Handlungen und Unterlassungen der SPD entstanden sind und die sich in einem SPD-Staat mit absoluter Mehrheit gefährlich verschärfen würden. Dies sind vor allem Probleme, die das Verhältnis von Gegenwart und Zukunft betreffen:

- Generationenvertrag und Familie
- Energieversorgung
- Staatsverschuldung und Steuerlast

Es geht um die freiheitliche Qualität unseres Gemeinwesens. Wir müssen in aller Klarheit offenlegen:

SPD-Staat, das ist die Verbindung von Parteibuch und Inkompetenz. SPD-Staat, das ist die Bedrohung aller Institutionen und Gemeinschaften, die sich dem demokratischen Sozialismus widersetzen, wie Familie, Kirchen, freie Träger. SPD-Staat ist der Mißbrauch der Schule als Mittel zur Erreichung einer sozialistischen Gesellschaft.

SPD-Staat, das ist Investitionslenkung in der Wirtschaft, um die politische und wirtschaftliche Macht in eine Hand zu bekommen.

In keinem unionsregierten Land hat es solche Finanzpleiten und Skandale gegeben wie in SPD-regierten Bundesländern.

2. Die CDU wird in diesem Wahlkampf deutlich machen, daß die Freien Demokraten außerstande sind, die Entwicklung zum SPD-Staat zu verhindern. Nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen versucht die FDP dem Bürger einzureden, es sei notwendig, FDP zu wählen, um die absolute Mehrheit der SPD zu verhindern. Wir sagen diesen Wählern, daß sie damit rechnen müssen, daß ihre Stimme wie in Nordrhein-Westfalen für eine liberale Politik eine verlorene Stimme ist. Eine Stimme für die Union ist sicher, eine Stimme für die FDP unsicher.

Eine Stimme für die FDP bei der Bundestagswahl ist eine Entscheidung für eine ungewisse Politik. Es ist belegbar, daß der Standort der FDP unmittelbar von der Stärke der Unionsparteien abhängt. In Bundesländern, in denen die Unionsparteien einen unterdurchschnittlichen Anteil (zum Beispiel Hamburg, Bremen) besitzen, tendiert die FDP besonders stark zu einem sozialistischen Kurs. Dagegen ist der liberale Flügel der FDP dort am ehesten ausgeprägt, wo die Union stark ist. Je stärker die Union, desto liberaler die FDP, je stärker die SPD, desto sozialistischer die FDP. Bei der Bundestagswahl geht es zwischen CDU/CSU und SPD um ein paar hunderttausend Stimmen. Hier fällt die Entscheidung über den SPD-Staat.

3. Die SPD-Führung will die Macht um jeden Preis. Seit dem Sommer 1979 bedient sie sich einer Form der Auseinandersetzung mit den Unionsparteien, die für die eigentliche Wahlkampfphase das Schlimmste befürchten läßt. Die Jungsozialisten und andere Gruppen der SPD beteiligen sich maßgeblich an dem Versuch, die Linke innerhalb und außerhalb der SPD zu einem Aktionsbündel gegen die Union zu mobilisieren — von der SPD-Führung nahezu ungehindert. (Heiner Geißler legte in diesem Zusammenhang einen ersten Bericht über die Zusammenarbeit zwischen demokratischem Sozialismus und Kommunismus bei der Bundestagswahl 1980 vor; er wird als Dokumentation in UfD 21/80 veröffentlicht.)

Liebe Freunde,

der UiD Nr. 19/80 enthielt den Text des einstimmig auf dem Berliner Parteitag beschlossenen Wahlprogramms der CDU/CSU und die großen Reden dieses Parteitages. Sollten Sie bisher noch nicht die Zeit gefunden haben, diese Texte zu studieren, empfehle ich Ihnen sehr, doch bei Gelegenheit einmal nachzulesen, was auf diesem Parteitag gesagt wurde. Es sind dort die entscheidenden Weichen für die Auseinandersetzung am 5. Oktober gestellt worden.

120 Tage sind es jetzt nur noch bis zum 5. Oktober. Ich hatte Sie bereits am 14. Mai 1980 darauf aufmerksam gemacht, daß bald die gesamten Materialien der „Jugendkampagne“ erhältlich sind. Es ist nun soweit. Im „rosa“ Teil des UiD finden Sie das Angebot. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat es sich zum Ziel gesetzt, daß jeder Jungwähler wenigstens einmal persönlich von einem Mitglied der Union über unsere Politik informiert wird. Ich bitte Sie herzlich, sprechen Sie mit den jungen Menschen.

Gestartet wurde die Kampagne am 31. Mai 1980 mit einer zentralen Jugendveranstaltung in Mainz, an der 7 000 Teilnehmer teilgenommen haben. Jetzt erscheinen die ersten bebilderten Anzeigen für die Jugend. Damit wird zum ersten Mal in der deutschen Parteigeschichte ein Kommunikationsmittel verwandt, das die französische Schwesterpartei der CDU, das Centre des Democraties Sociales, im letzten französischen Parlamentswahlkampf erfolgreich eingesetzt hat. Parallel dazu erscheint eine Zeitschrift mit dem Titel „JU '80“. In dieser ebenfalls ganz auf die Lebensbedürfnisse der jungen Menschen abgestellten Zeitschrift wechseln politische und allgemeine Informationen in bunter Reihenfolge. Hinzu kommt ein Aufkleber für die Jungwähler mit dem Titel: Wir machen Dampf auf!

Die Aktion erstreckt sich über die Sommermonate. Ende Juli wird eine große Zelttournee gestartet, die ebenfalls das Ziel hat, vor allem die junge Generation anzusprechen. Es werden zwei Viermastzelle mit einem Fassungsvermögen von rund 1 200 Personen benutzt. Der Tourneepplan sieht vor, daß die Zelte durchschnittlich jeden Tag an einem anderen Ort aufgebaut werden.

Mit einem Aktionshandbuch unter dem Titel „Blackbook“ werden zahlreiche Anregungen für die Durchführung von örtlichen Wahlkampfveranstaltungen für die Jugend gegeben. Die Materialien können alle sofort bestellt werden.

Ihr

Ulf Fink

Ulf Fink

■ INFORMATION

7 000 beim Treffpunkt der Jugend in Mainz

Die Union rief, und siebentausend junge Leute aus dem gesamten Bundesgebiet kamen zum Jugendfestival „JU '80 — Treffpunkt der Jugend“ am 31. Mai in Mainz. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, zu der auf dem Volksparkgelände mehrere Großzelte errichtet waren, standen Reden von Helmut Kohl, Franz Josef Strauß, Heiner Geißler und Matthias Wissmann. Geradezu frenetischer Beifall begleitete die Auftritte der Spitzenpolitiker, die nach kurzen Ansprachen die Mikrofone zur Diskussion freigaben. Lebhaftige Resonanz fanden auch die angebotenen „Märkte der Mitarbeit“, auf denen Politiker und andere Experten Auskünfte zu drängenden Problemen der jungen Generation gaben. Das gelungene Mainzer Beispiel soll Schule machen auf einer Zelttournee, die von Juli bis September durch mehr als hundert Städte im Bundesgebiet führen wird.

Gedankenaustausch mit Vorsitzendem der ÖVP

Der Vorsitzende der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und Präsident der Europäischen Demokratischen Union (EDU) Alois Mock hielt sich zu einem dreitägigen Besuch in der Bundeshauptstadt auf, um mit führenden Repräsentanten der CDU einen umfassenden politischen Meinungsaustausch zu führen. Seine Gesprächspartner waren Helmut Kohl, der Vizepräsident des Deutschen Bundestages Richard von Weizsäcker, Generalsekretär Heiner Geißler, die außenpolitischen Sprecher der CDU Werner Marx und Alois Mertes

und der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung Bruno Heck. Schwerpunkte der Gespräche waren: die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes und die gemeinsamen Anstrengungen von CDU und ÖVP um eine Verstärkung der organisatorischen und politischen Zusammenarbeit der christlich demokratischen und konservativen Volksparteien in Europa.

Von Bismarck erneut an der Spitze des Wirtschaftsrates

Einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt haben die Mitglieder des Wirtschaftsrates der CDU e. V. auf einer Mitgliederversammlung in Bonn den CDU-Bundestags- und Europa-Abgeordneten Philipp von Bismarck. Als Stellvertreter wurden gewählt: Theodor Althoff, Wolfgang Fahr, Eckart van Hooften, Gudrun Lassen und Paul Schnitker. Philipp von Bismarck rief die Mitglieder des Wirtschaftsrates auf, beim Kampf um die Festigung und Ausbreitung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und Europa und um die Wiedergewinnung der Führung der Bundesrepublik Deutschland durch die Union am 5. Oktober mit ihrem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß Vorbild zu sein.

Abwehr der Drogengefahr

Nach einer im vorigen Jahr in der Politischen Akademie Eichholz unter dem Titel „Drogen — eine tödliche Gefahr“ stattgefundenen Fachtagung entschloß sich aufgrund der außerordentlich großen Nachfrage die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Tagungsbeiträge zu veröffentlichen. „Drogen — eine tödliche Gefahr“ ist daher der Titel einer soeben in der Reihe Werkberichte der Konrad-Adenauer-Stiftung im Verlag Ernst Knoth (Melle) erschienenen Publikation.

■ ABRÜSTUNG

Internationale Kontrollen müssen wirksam sein

Um noch vor der Sommerpause eine Beratung im Bundestag zu erzielen, hat die CDU/CSU-Fraktion den nachfolgenden Entschließungsantrag eingebracht, der die Bedeutung unterstreichen soll, die der Bundestag seit je der kontrollierten und sicherheitspolitisch vertretbaren Abrüstung — vor allem im Bereich der Massenvernichtungswaffen — zugemessen hat. Gleichzeitig will die CDU/CSU-Fraktion auf die sich abzeichnende Gefahr einer so-wjetischen Aufrüstung der B- und C-Waffen hinweisen und die aus-schlaggebende Wichtigkeit der Überprüfbarkeit hervorheben.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dem Deutschen Bundestag möglichst unverzüglich den Entwurf eines Zustimmungsgesetzes zu dem von der Bundesrepublik Deutschland am 10. April 1972 unterzeichneten Vertrag über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von B-Waffen (bakteriologische/biologische Waffen) sowie die Vernichtung vorhandener Waffen dieser Art — einschließlich einer Klausel über die Geltung dieses Vertrages in Berlin (West) — vorzulegen;
2. im Genfer Abrüstungsausschuß möglichst unverzüglich den Entwurf eines Zusatzprotokolls zum Vertrag über das Verbot aller B-Waffen einzubringen, in dem die Staaten sich zur wirksamen

internationalen Kontrolle der bereits geltenden Verbote verpflichteten;

3. im Genfer Abrüstungsausschuß noch stärker als bisher den unverzüglichen Abschluß eines Vertrages über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von C-Waffen (chemische Waffen) sowie die Vernichtung vorhandener Waffen dieser Art zu fordern;

4. im Genfer Abrüstungsausschuß unverzüglich den Entwurf eines Artikels oder eines gesonderten Zusatzprotokolls über die wirksame internationale Kontrolle des C-Waffen-Verbots einzubringen.

5. die Sowjetunion als einen der Erstunterzeichner des Atomwaffensperrvertrages vom 1. Juli 1968 unter Berufung auf Artikel VI dieses Vertrages, der die Kernwaffenstaaten verpflichtet, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des atomaren Wettrüstens in naher Zukunft“, förmlich zu ersuchen, die weitere vertrags- und friedenswidrige Aufrüstung ihrer gegen Westeuropa gerichteten atomaren Mittelstreckenraketenwaffen sofort einzustellen und auf das Angebot der NATO vom 12. Dezember 1979 zu West-Ost-Verhandlungen über die gegenseitige und ausgewogene Begrenzung der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa konstruktiv einzugehen;

6. die Sowjetunion als einen der drei Erstunterzeichner des Atomwaffensperrvertrages zu ersuchen, ebenso wie

die beiden anderen Erstunterzeichner dieses Vertrages, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, sich freiwillig Kontrollen ihrer zivilen Kernenergieanlagen zu unterwerfen, um auch ihrerseits zum Abbau der diskriminierenden Elemente des Atomwaffensperrvertrages und zur Glaubwürdigkeit der von den drei Erstunterzeichnern des Vertrages erstrebten Kriegsverhinderung beizutragen.

Zur Begründung erklärt der Fraktions-sprecher für Abrüstung und Rüstungskontrolle Alois Mertes: Die Bundesrepublik Deutschland hat aus freien Stücken bei ihrem Eintritt in das westliche Bündnis am 5. Mai 1955 auf atomare, bakteriologische und chemische Waffen völkerrechtlich wirksam verzichtet und der Überwachung dieser Verpflichtung durch ihre Vertragspartner zugestimmt.

Sie hat sich nicht nur strikt an diesen Verzicht gehalten, sondern immer wieder konstruktive Beiträge auf dem Gebiet der Nichtverbreitung und Begrenzung der A-Waffen sowie der völligen und kontrollierten B- und C-Waffen-Abrüstung geleistet. Unser Land hat deshalb ein gutes Recht, in diesen Fragen besonders aktiv zu sein und andere Staaten zu drängen, dem Beispiel aller deutschen Bundesregierungen seit Konrad Adenauer zu folgen.

Kurz nach dem A-, B- und C-Waffenverzicht der Bundesrepublik Deutschland erklärte der erste deutsche Bundeskanzler in Moskau, als er die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion, die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen und die Rück-siedlung ausreisewilliger Deutscher aus der Sowjetunion vereinbarte:

„Das oberste Gut, das es für alle Deutschen zu wahren gilt, ist Friede. In Deutschland weiß man, daß die natur-

wissenschaftlichen und technischen Fortschritte, die seit dem letzten Krieg gemacht worden sind, den Menschen Möglichkeiten der Vernichtung in die Hand geben, an die wir nur mit Schaudern denken können. Schließlich weiß jedermann in Deutschland, daß die geographische Lage unseres Landes uns im Falle eines bewaffneten Konflikts besonders gefährlich würde.“

Im Euratom-Vertrag von 1957 hat die Bundesrepublik Deutschland Kontrollen ihrer zivilen Atomenergie-Wirtschaft zugestimmt, die zur Grundlage jener Kontrollen wurden, die sie im Atomwaffensperrvertrag von 1968 übernahm. Sie trat dem Antarktisvertrag von 1959, dem Atom-Test-Stoppvertrag von 1963, den Verträgen über die Nichtmilitarisierung des Weltraums von 1967 sowie über das Verbot von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1971 bei.

Den B-Waffen-Verbotsvertrag von 1972 hat sie sofort nach seinem Abschluß in Washington, London und Moskau unterzeichnet.

Für den Abschluß eines völligen C-Waffen-Vertrages setzt sie sich seit 1955 in allen zuständigen Gremien ein.

Die Glaubwürdigkeit der Abrüstungspolitik steht und fällt mit der effektiven Überprüfbarkeit der von den Staaten eingegangenen Verpflichtungen. Das gilt insbesondere auch für die in ihrer Wirkung verheerenden biologischen und chemischen Kampfstoffe.

Das Gleichgewicht an B- und C-Waffen muß 0:0 lauten. Die Glaubwürdigkeit der Abrüstung steht wieder einmal auf dem Spiel. Sie hängt ab von der immer dringlicher werdenden Transparenz der tatsächlich vorhandenen militärischen Mittel. Abrüstung darf kein Instrument der Irreführung und Propaganda werden.

■ FINANZEN

Von der Steuerreform zu Matthöfers Steuersalat

Die endgültige Entscheidung über die für 1981 vorgesehenen steuerlichen Entlastungen und Verbesserungen beim Familienlastenausgleich wird frühestens zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause fallen. Zwar hat der Bundestag am 22. Mai mit den Stimmen von SPD und FDP das Steuerpaket der Bundesregierung befürwortet und den Alternativvorschlag der Opposition abgelehnt, aber die Unionsmehrheit im Bundesrat hat bereits ihren Widerstand gegen die Regierungspläne angekündigt, so daß eine Entscheidung erst im Vermittlungsausschuß möglich sein wird.

In der Debatte sagte für die Union MdB Reinhold Kreile: Über die Steuergeszentwürfe der Bundesregierung hat der Journalist Walter Kannengießer schon im November 1979 die treffende Bezeichnung „Matthöfers Steuersalat“ gefunden. Das Gesetz ist unordentlich konzipiert, schafft groteske Komplizierungen des Steuerrechts und ist mit dem Makel behaftet, daß die Bundesregierung es bewußt so gestaltet hat, daß es so niemals im Bundesgesetzblatt erscheinen wird.

Die heimlichen Steuererhöhungen, seit Jahren eine der Geißeln der sozial-liberalen Steuerpolitik, wollte die CDU/CSU durch ihren Geszentwurf schon für 1980 abbauen. SPD und FDP wollten

die Steuerzahler durch die Ankündigung von Steuerentlastungen für 1981 und 1982 ablenken. Dieses Entlastungsgesetz sollte so nahe an den Wahltag herangerückt werden, daß die Entlastungen zwar im Wahlkampf groß herausgestellt werden könnten, daß aber der Bürger erst nach dem Wahltag feststellen kann, wie viel oder wie wenig ihm die Entlastungen tatsächlich in der Lohntüte bringen. Es handelt sich um Wahlspeck.

Der Bundesfinanzminister hat der Öffentlichkeit ein beachtliches Täuschungsmanöver vorgeführt, wie man es mit solchem Zynismus, aber auch mit solcher Raffinesse selten erlebt. Noch im August 1979 bezeichnete er die Forderungen der CDU/CSU nach Steuersenkungen als unverantwortlich, als mit der Haushaltslage unvereinbar.

Jetzt übernimmt er die jahrelang vorgebrachten Argumente der Union und legt gleichzeitig ein Steuerpaket vor, von dem er genau weiß, daß es die Union sowie sämtliche Bundesländer — auch die SPD-geführten — so nicht akzeptieren können. Er betreibt Konfrontationsstrategie mit dem Kalkül, das Entlastungspaket im Vermittlungsausschuß scheitern zu lassen und so die heimlichen Steuererhöhungen, von denen ohnehin nur ein Teil zurückgegeben werden soll, dann in den Kassen des Staates zu haben.

Die Union hatte verantwortungsbewußt angeboten, mit sich über eine Abstim-

mung der Haushalts- und Steuerpolitik reden zu lassen. Die Regierung hat dieses Angebot brüsk ausgeschlagen. Wenn sie jetzt erklärt, ein Entlastungsvolumen von 17 Mrd. DM verkraften zu können, so werden wir diese Entlastung im Interesse unserer Bürger begrüßen. Wir haben ja jahrelang gegen die heimlichen Steuererhöhungen gekämpft. Ohne unseren Druck wären die Entlastungen der letzten Jahre nicht oder nicht in diesem Umfang zustande gekommen. Jede Mark mehr in den Taschen der Bürger ist uns lieber als in den Kassen des Staates.

Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Entlastungen beim Tarif sind nur kurzfristig angelegt, zu einem durchgehenden Progressionstarif zu kommen. Die Verlängerung der Proportionalzone schafft zwar kurzfristig Entlastung, sie wird aber schon in 1 bis 2 Jahren durch die Lohn- und Einkommensentwicklung überholt sein. Dann werden auch die 10 Prozent aller Arbeitnehmer, die jetzt aus der Progression herausgenommen werden, ihr wieder unterworfen sein, und dies bei einer dann noch steileren Progression.

Das Problem der heimlichen Steuererhöhungen wird nicht entschärft, sondern im Gegenteil noch verschärft. Unzureichend ist auch die steuerliche Entlastung der Familien. SPD und FDP wollen den Kinderbetreuungsbetrag abschaffen. Wir wollen ihn so gestalten, daß ihn künftig alle Familien mit Kindern geltend machen können.

Der Kindergrundfreibetrag benachteiligt die Familien mit Kindern, die sich in der Progressionszone befinden. Er schafft eine neue geradezu groteske Komplizierung des Steuerrechts. Dies haben die Finanzminister der Länder, auch und gerade solche, die der SPD angehören, herb kritisiert, dies haben die im

Hearing des Finanzausschusses angehört sachverständigen Verbände beklagt.

Alle Einwände, selbst die des Datenschutzbeauftragten, wurden im Finanzausschuß von SPD und FDP hinweggewischt. Der Gesetzesvorschlag ist nur ein Instrument in der Auseinandersetzung des Bundes mit den Ländern darüber, ob und inwieweit sich Länder und Gemeinden an der Finanzierung des Kindergeldes beteiligen.

Nur die Wiedereinführung der Kinderfreibeträge, die Wiederherstellung des früheren dualen Systems „Kinderfreibeträge und Sockelgarantie in Form von Kindergeld“ kann die relative Verschlechterung der Lage der Familien, die in den letzten Jahren festzustellen war, aufhalten und umkehren.

Nahezu völlig leer geht der betriebliche Bereich aus. Die CDU/CSU hat zusätzlich vorgeschlagen, in wesentlich stärkerem Umfang als bisher die ertragssteuerlichen Werte für die Einheitsbewertung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Auch dies sollte nur ein Einstieg sein. Doch selbst diesen Einstieg, der mit einer wesentlichen Vereinfachung des Steuerrechts verbunden wäre, haben die Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Dieser Lohnsteuerstaat, zu dem wir geworden sind, macht sich nicht nur bei den einzelnen Betrieben, sondern noch krasser bei einzelnen Arbeitnehmern bemerkbar. Einem Arbeitnehmer in Steuerklasse I mit einem Durchschnittseinkommen verbleiben nach Abzug der Belastung mit direkten und indirekten Steuern und den Sozialabgaben von 100,— DM Lohnsteigerung 1979 gerade noch 40,14 DM. In Extremfällen hat ein Arbeitnehmer nach einer Lohnerhöhung sogar weniger als vorher in der Tasche.

■ KOALITION

7b-Verbesserungen abgelehnt

In der Steuerdebatte des Bundestages bedauerte der CDU-Abgeordnete L. von Wartenberg (Hannover) das mehrheitliche Votum der Koalitionsparteien gegen angehobene Abschreibungsgrenzen gemäß § 7b. Die Union hatte eine Erhöhung der Abschreibungsgrenzen für Wohnungsbauabschreibungen von 150 000 DM auf 200 000 DM für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen und von 200 000 DM auf 250 000 DM für Zweifamilienhäuser als Gesetzesinitiative eingebracht. Eine Anhebung dieser seit 1965 gültigen Grenzen war schon lange überfällig, zumal inzwischen die Baukosten um das zweieinhalb- bis dreifache gestiegen sind. Doch allein aus ideologischen Vorurteilen versperren sich SPD/FDP einer Anhebung der „7b“-Grenze.

Ganz im Widerspruch zu dieser Haltung der Regierungsparteien steht ihre ebenfalls starre, ablehnende Haltung zur Einführung flexibler Jahrgangsgrenzen für die steuerliche Begünstigung von Erweiterungsbauten (sog. „Lex Zimmermann“). Die Koalition will an einer aus dem Jahre 1964 stammenden Regelung festhalten, wonach für nachträgliche Erweiterungsbauten eine Abschreibungs-erleichterung gemäß § 7b nur beansprucht werden darf, wenn das Haus vor dem 1. Januar 1964 fertiggestellt wurde. Diese Vorschrift benachteiligt gerade kinderreiche, junge Familien.

Primitiver Wahlkampfstil

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover hat, wie Matthias Wissmann, MdB, Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands, erklärte, nichts Neues zu den politischen Konzeptionen

und innerverbandlichen Kräfteverhältnissen gebracht. Nach wie vor verfolgt der SPD-Jugendverband eine linkssozialistische Politik mit fließenden Übergängen zum Linksextremismus und Kommunismus.

In ihren wüsten Beschimpfungen und Verleumdungen der Union und ihres Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß warf die SPD-Jugend den letzten Rest von politischer Vernunft und menschlichem Anstand über Bord. Für den abgetretenen Bundesvorsitzenden und sicheren Bundestagskandidaten Gerhard Schröder „bedeutet die Machtübernahme von Strauß eine umfassende Bedrohung der sozialen und politischen Strukturen in unserem Land... Es geht um die Frage, ob wir soziale und demokratische Strukturen erhalten können, oder ob der Marsch in den autoritären Staat, an dessen Ende der Polizeistaat stehen könnte, beginnt.“

In einem einstimmigen Beschluß erklärte der Juso-Verband: „Mit Franz Josef Strauß an der Spitze versucht die Reaktion, eine autoritäre Lösung dieser Krise auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen.“ Sie bezeichneten die Union als „konservativ-reaktionäre Sammlungsbewegung mit fließenden Übergängen zum organisierten Rechtsradikalismus“.

SPD-Genossenrabatt belastet Steuerzahler

Der Bonner „General-Anzeiger“ berichtete über einen Genossenrabatt, den Willy Brandt für Flüge mit Maschinen der Bundeswehr genoß. Verteidigungsminister Hans Apel hatte seinem Parteichef für einen Flug nach Israel und zurück 18 000 Mark berechnet. Doch bei Franz Josef Strauß, der für seinen Flug nach Israel ebenfalls eine Staatsmaschine chartern wollte und nach den

Bedingungen fragte, wollte die Hardthöhe gleich 100 000 Mark kassieren. Darauf sagte Strauß ab.

Im Bundestag wurde der Freundschaftspreis für Brandt rufbar, weil der Bundesrechnungshof das Geschäft bemängelte. Brandt habe zu wenig bezahlt. Unionspolitiker forschten nach und stellten fest, daß Exkanzler Brandt bei den „Apel-Airlines“ ein guter Kunde ist. Selbst zu Sozialistentreffs flog der SPD-Vorsitzende mit den Jets der Bundeswehr. Allein im letzten Halbjahr 1979 reiste Brandt fünfmal mit der Luftwaffe. Dabei kostete zum Beispiel der Flug am 15. Dezember von Bonn nach London und zurück um die 20 000 Mark.

Brandt reiste zu einer Sitzung der mit Entwicklungshilfe befaßten Nord-Süd-Kommission. Wäre der Exkanzler wie ein normaler Bürger geflogen, hätte das Erste-Klasse-Ticket hin und zurück nur 820 Mark gekostet.

Volksfront-Aktion

Zum 10. und 11. Mai hatte die „Antifaschistische Initiative“ durch einen Einladerkreis, dem einige Aktivisten verschiedener Volksfront- und DKP-Hilfsorganisationen angehörten — wie z. B. das Mitglied der kommunistischen Tarnorganisation „Presseausschuß Demokratische Initiative“ (PDI), Bernt Engelmann (SPD) — zur „antifaschistischen“ Demonstration und Kundgebung und zu einem anderthalbtägigen „antifaschistischen Kongreß“ nach Mannheim gerufen. Etwa 10 000 kamen, darunter in Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen zahlreiche Bundeswehrsoldaten in Uniform. Hierzu MdB Karl-Dieter Prange:

Kundgebungs- und Kongreßteilnehmer spiegelten erneut das bekannte berüchtigte Volksfrontspektrum in der Bundesrepublik Deutschland wider: SPD-, FDP-

und DGB-Mitglieder, Jungsozialisten und Jungdemokraten, sogenannte „progressive“ Christen und Mitglieder nicht-kommunistischer Jugendorganisationen — und Angehörige des SED-Stoßtrupps DKO sowie deren Neben- und Hilfsorganisationen.

Die Kommunisten behielten nicht nur die Organisation in ihren Händen; sie regelten auch die Sprache und lenkten, geschickt im Hintergrund bleibend, Richtung, Aussage und Ergebnis des „Kongresses“.

Ein sogenannter „Arbeitskreis“ befaßte sich fast ausschließlich mit der „Nominierung“ von Strauß.

Referent war Reinhard Opitz, Mitglied des Direktoriums der DKP-Hilfsorganisation „Deutsche Friedens Union“ (DFU). Die Diskussionsleitung teilten sich unter anderem der stellvertretende Judo-Bundesvorsitzende Georg Hundt und das SPD-Mitglied Helmut Erwe, hoher Funktionär der DKP-beeinflußten „Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner“ und einer der Aktivisten im regionalen Bonner Anti-Strauß-Komitee.

In Mannheim wurde der Beweis erbracht, daß der antikommunistische Abgrenzungsbeschluß des SPD-Parteitag vom 14. November 1970 nur noch ein Fetzen Papier im Archiv des SPD-Parteivorstandes ist.

Kripo über Baum verärgert

Harte Kritik haben die kürzlich in Aachen tagenden Mitglieder des Bundes Deutscher Kriminalbeamter an Bundesinnenminister Baum geübt. Baum hatte in Bonn sein gemeinsam mit dem ehemaligen Terroristenanwalt Horst Mahler veröffentlichtes Buch vorgestellt, statt wie angesagt in Aachen ein Referat zu halten.

■ HAUSHALT / SCHULDEN

Unseriöses Machwerk zur Täuschung der Wähler

Bundesfinanzminister Matthöfer hat eine Zusammenstellung über angebliche finanzwirksame Forderungen der CDU/CSU von insgesamt 125 Milliarden Mark verbreitet. Er will damit den Wähler täuschen. Er will damit eine neue SPD-Legende schaffen. Hierzu Hansjörg Häfele, finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Im einzelnen nennt Matthöfer folgende Beträge:

Steuerentlastungsvorschläge		Mrd. DM
Gesetzesanträge im Bundestag/ Bundesrat		13
Sonstige Forderungen		77
		<hr/> 90
Ausgabenerhöhungen		
Gesetzesanträge im Bundestag/ Bundesrat		1
Sonstige Forderungen		34
		<hr/> 35
Insgesamt		<hr/> 125

Da die Vernebelungspropaganda der SPD vor nichts zurückschreckt, wird sie die griffige Zahl von 125 Mrd. DM im kommenden Wahlkampf sicherlich als Beweis für die angebliche finanzpolitische Unsolidität von CDU/CSU verwenden. Deshalb folgende Hinweise:

Matthöfer hat ein unseriöses Machwerk vorgelegt, mit dem sich eine ernsthafte

Auseinandersetzung im Grunde nicht lohnt. Die Bundesregierung will bloß davon ablenken, daß sie den Weg einer abenteuerlichen Staatsverschuldung eingeschlagen hat. Ein Beispiel für Matthöfers Rechenkünste:

Wenn ein CDU-Politiker sich in einem Zeitungsbeitrag Gedanken über den Ausgleich versicherungsfremder Leistungen der Rentenversicherung macht und in diesem Zusammenhang darauf hinweist, daß der staatliche Zuschuß früher ein Drittel betragen hat und heute nur noch 17 Prozent beträgt, schlägt sich das in Matthöfers Rechnung gleich mit 20 Mrd. DM nieder. Entsprechende Überlegungen von seiten der SPD sind aber für Matthöfer offenbar kostenneutral.

Maßgebend für die Beurteilung der Politik der CDU/CSU können nur unsere konkreten Gesetzesanträge im Parlament sein, nicht Diskussionsvorschläge oder Wünsche, die überall — am meisten bei der SPD — diskutiert werden. Berücksichtigt man nur unsere Gesetzesanträge, wie Matthöfer sie auflistet, verkürzt sich der Betrag schon um neun Zehntel auf 14 Mrd. DM (davon 13 Mrd. DM Abbau heimlicher Steuererhöhungen). Dabei erhält die CDU/CSU sogar ein unfreiwilliges Lob, indem ihr bestätigt wird, daß sie bei ihren Ausgabenerhöhungsanträgen — anders als früher die SPD in der Opposition — sehr zurückhaltend ist und ihr nur 1 Mrd. DM angestattet werden kann.

Darüber hinaus verwendet Matthöfer folgenden Trick: Er zählt Anträge oder Vorschläge zusammen, die entweder alternativ gesehen werden müssen oder durch Zeitablauf oder wegen Ablehnung im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens inzwischen überholt sind.

Es wäre ein leichtes, eine Gegenliste aufzustellen, welche noch wesentlich umfangreicher wäre. Nur so viel: Allein die in den ersten Monaten 1980 noch in der parlamentarischen Beratung befindlichen Gesetzentwürfe der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen kosten nach eigenen Angaben der Regierung rund 14 Mrd. DM im Jahr. Bei sonstigen finanziellen Zusagen, Forderungen und Vorschlägen, z. B. auf Parteitage, ist gerade die SPD zimperlich.

Wer solide Haushaltspolitik betrieben hat und wer nicht, läßt sich am besten anhand der Entwicklung der Verschuldung ablesen: CDU/CSU-geführte Bundesregierungen haben zur Haushaltsfinanzierung in 20 Jahren bis 1969 nur Kreditaufnahmen von insgesamt 14 Mrd. DM benötigt, ein Betrag, der beim Bund in den letzten Jahren gerade für ein halbes Jahr reichte.

Schuldenzuwachs des Bundes

in Mrd. DM

1950—1969 zusammen						14,3
1975	1976	1977	1978	1979	1980	
29,9	25,8	21,8	26,1	25,6	25,7	

1969 belief sich der Schuldenstand der gesamten öffentlichen Hand auf 116 Mrd. DM (Bund 45 Mrd. DM einschl. 31 Mrd. DM Altschulden), Ende 1980 werden es voraussichtlich 450 Mrd. DM (Bund: 225 Mrd. DM, das sind 180 Mrd. DM mehr als 1969) sein.

■ BUNDESPOST

Statt Dienst am Kunden Dienst an der Bundesregierung

Zum Antrag der CDU/CSU auf Wiedereinführung des Mondscheintarifs erklärte der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Dollinger (CSU), durch seine Abschaffung hätten sich die Telefongespräche in dieser Zeit um 75 % verteuert.

Diese drastische Preiserhöhung, die sich für viele Bürger als unsozial erweist, war weder betriebswirtschaftlich noch technisch notwendig. Die DBP hatte in den letzten fünf Jahren (1975—1979) über 8 Mrd. DM an Gewinnen erzielt; in diesem Jahr wird ein Gewinn von rd. 2 Mrd. DM erwartet. Anstatt notwendige Erweiterungsinvestitionen durchzuführen, wurden Rücklagen und Rückstellungen in Höhe von rd. 7 Mrd. DM gebildet, der Eigenkapitalanteil von 15,1 % auf rd. 42 % erhöht und 2,6 Mrd. DM zusätzlich an den Bundeshaushalt abgeliefert. Obwohl also genügend finanzielle Mittel in den letzten fünf Jahren vorhanden waren, waren die Investitionen in Fernmeldeanlagen trotz stark zunehmender Verkehrsentwicklung seit 1974 sogar nominal rückläufig.

Diese Unterlassungen haben zu Netzblockaden sowohl als auch zur Abschaffung des Mondscheintarifs und damit zu einer drastischen Gebührenerhöhung um 75 % geführt, beim Autotelefon wurden die Gesprächsgebühren um ca. 500 % heraufgesetzt.

RENTEN

Unions-Konzeption ist richtig

Die Rentner haben in diesem Jahr weniger an Zuwachs erhalten als die Sozialhilfeempfänger, deren Sozialhilfe entsprechend der Geldentwertung angepaßt wird. Insgesamt beläuft sich der Einkommensverlust eines Rentners von 1978 bis 1981 auf 3 1/2 Monatsrenten. 3 1/2 Monatsrenten weniger sind aber, wie der Bundesarbeitsminister sich in einem Interview vor dem Südwestfunk am 16. Mai 1980 ausdrückte, „nur eine leichte Abweichung von der Bruttolohnentwicklung“.

Es kommt einer Verhöhnung der Rentner gleich, erklärte hierzu MdB Johannes Müller (Berlin), wenn die „verkürzte Renten Anpassung“ für die Jahre 1979 bis 1981, die „gestoppte Rentendynamisierung“ als leichte Abweichung von der Bruttolohnentwicklung bezeichnet wird. Bundesarbeitsminister Ehrenberg hat aber noch etwas weiteres, aus unserer Sicht Ungeheuerliches, gesagt, denn die „leichten Abweichungen“ seien mit Zustimmung der großen Zahl der Rentner für die Solidarität der Rentenfinanzen durchgeführt worden.

Der Renten Anpassungsbericht 1980 zeigt, nicht zuletzt in den Tabellen über die Höhe der Renten, daß die rentenpolitische Konzeption der CDU/CSU-Fraktion richtig ist. Unsere Kernforderungen sind:

1. Rückkehr zur bruttolohnbezogenen dynamischen Rente und damit auch zur bruttolohnbezogenen Anpassung
2. Stärkung des Versicherungsprinzips

durch Verlagerung der Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen auf den Bund;

3. Abbau von versicherungsfremden Leistungen;

4. Erhöhung der Schwankungsreserve auf mindestens drei Monatsausgaben und falls nötig,

5. die Einführung eines sozial gestaffelten Krankenversicherungsbeitrages der Rentner.

Voraussetzung für eine solide Finanzierung der Rentenversicherung ist nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, eine ausgewogene Finanzpolitik sowie eine umfassende Familien- und Bevölkerungspolitik. Erst damit ist auch der Generationsvertrag gesichert.

Im Interesse der Rentner gilt es auch nach unserer Auffassung in Zukunft, die Bemühungen für das Funktionieren des Versicherungssystems so zu gestalten, daß jeder Versicherte und Rentner auf die Leistungen dieses Systems, des Systems der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente vertrauen kann.

Für Willkürmaßnahmen wie beim 21. Renten Anpassungsgesetz, für systemverändernde Maßnahmen ist in der Rentenpolitik kein Platz. Renten und Altersruhegeld dürfen nicht in das Belieben einer Regierung und Koalition gestellt werden. Vertrauen in die gesetzlichen Regelungen ist unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren einer Rechtsordnung und der gesetzlichen Rentenversicherung.

Das Bürger- handbuch

Format: 13 × 19 cm
Umfang: 400 Seiten
Schlagworte: 350
Adressen: 150



DIE THEMEN

Alter, Arbeit,
Ausländer, Baurecht,
Bildung und Ausbildung, Datenschutz,
Existenzgründung, Familie, Gesundheit, Jugend, Krankenversicherung,
Obdachlosigkeit, Renten, Sprachbehinderungen, Steuern, Sucht,
Wohnung

Bitte bestellen Sie direkt beim Verlag:

KOMMUNAL-VERLAG

Hagemannstraße 3, Postfach 780, 4350 Recklinghausen

Jedes Paket enthält 10 Exemplare (Mindestabnahme).

Preis (Vertriebskostenanteil) pro Paket: 20,— DM

Zur Sache:

Wir wollen keinen SPD-Staat

SPD-Staat, das ist die Verbindung von Parteibuch und Inkompetenz.

SPD-Staat, das ist die Bedrohung aller Institutionen und Gemeinschaften, die sich dem demokratischen Sozialismus widersetzen.

SPD-Staat ist der Mißbrauch der Schule als Mittel zur Erreichung einer sozialistischen Gesellschaft.

SPD-Staat, das ist Investitionslenkung in der Wirtschaft, um die politische und die wirtschaftliche Macht in die Hände von Sozialisten zu bekommen.

Wer den SPD-Staat nicht will, kann die FDP vergessen. Denn die Freien Demokraten sind zu Filialdemokraten der SPD geworden.

Die Alternativen der Union

- Wir werden Frieden und Freiheit gegen jede militärische und ideologische Bedrohung sichern.
- Wir werden die Energieversorgung sichern und die Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland vom Erdöl schrittweise verringern.
- Wir werden zu einer moralischen wie politischen Offensive für die Familie antreten.
- Wir stoppen den Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat.

Am 5. Oktober geht es um Frieden und Freiheit.

CDU

**sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

- | | |
|--|---|
| <p>6. 6. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund</p> <p>6. 6. LV Schleswig-Holstein
Frauenvereinigung
Hauptausschußsitzung
Bad Schwartau</p> <p>7. 6. LV Schleswig-Holstein
Familienpolitischer Kongreß
Bad Schwartau</p> <p>7./8. 6. JU Westfalen-Lippe
Landestagung, Gütersloh</p> <p>9. 6. CDU — Bund
Präsidium, Bonn</p> <p>9. 6. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz</p> <p>9./10. 6. KPV d. CDU/CSU — Bund
Bundesfachtagung „Verkehrspolitik
für unsere Gemeinden“, Würzburg</p> <p>11. 6. CDU — Bund
Landesgeschäftsführerkonferenz
Bonn</p> <p>12. 6. CDU — Bund
Union der Vertriebenen und
Flüchtlinge, Vorstand, Bonn</p> <p>13. 6. CDU Niedersachsen
Wirtschaftspolitischer Kongreß
Braunschweig</p> <p>13. 6. LV Bremen
Landesvorstand, Bremen</p> <p>13. 6. LV Hessen
Landesvorstand, Fernwald</p> | <p>13. 6. EAK d. CDU/CSU — Bund
Bundesarbeitskreissitzung
Wolfsburg</p> <p>13. 6. EAK d. CDU/CSU — Bund
Bundesvorstand, Wolfsburg</p> <p>13./14. 6. LV Baden-Württemberg
Sicherheitspolitischer Kongreß
Sinsheim</p> <p>13./15. 6. EAK d. CDU/CSU — Bund
24. Bundestagung, Wolfsburg</p> <p>14. 6. CDU/NRW
Gemeinsame Delegiertenversamm-
lung NW zur Aufstellung der
Reserveliste für die Bundestags-
wahl, Dortmund</p> <p>14./15. 6. JU — Bund
Deutschlandtag, Böblingen</p> <p>16. 6. CDU — Bund
BFA „Kulturpolitik“, Bonn</p> <p>18./19. 6. Wirtschaftsrat der
CDU/CSU — Bund
Wirtschaftstag, Frankfurt</p> <p>19. 6. KPV d. CDU/CSU — Bund
Bundesvorstand und
Hauptausschuß, Bonn</p> <p>20. 6. CDU — Bund
Frauenvereinigung, Vorstand, Bonn</p> <p>20. 6. Mittelstandsvereinigung
d. CDU/CSU — Bund
Bundesvorstand, Bonn</p> <p>21. 6. LV Rheinland-Pfalz
Frauenvereinigung, Landestag
Mainz</p> <p>23. 6. CDU — Bund
Bundesvorstand, Bonn</p> |
|--|---|

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demo-
kratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich:
Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28)
54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstra-
ße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04.
Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung:
Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheck-
konto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis
jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

Ud